

TAZ vom 03.05.2008

Spekulantenland in Bauernhand!

Biobauern in der Uckermark kämpfen um den Schutz ihrer landwirtschaftlichen Anbauflächen, denn sie fürchten den Zugriff durch Spekulanten und Biogas-Produzenten. Die Einrichtung eines Bodenfonds könnte die Ökoagrarflächen dauerhaft sichern

VON BEATE SELDERS

"Boden ist ein knappes Gut", stellt Rolf Henke fest. "Diese Erkenntnis hat sich mit dem Bioenergie-Boom durchgesetzt." Der 62-jährige Landwirt aus Leidenschaft mit dem langen grauen Haar leitet die Naturrind GmbH. Sie ist einer von 12 Öko-Betrieben, die sich in der nordbrandenburgischen Uckermark zur Bauerinitiative Nachhaltige Landnutzung zusammengeschlossen haben. Ihre Devise: Die Gefahr als Chance nutzen. Weil ein Drittel ihrer Wirtschaftsfläche an Großinvestoren und Spekulanten verlorenzugehen droht, haben sie zusammen mit der GLS-Bank und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft ein Modell für einen gemeinwirtschaftlichen Bodenfonds entwickelt.

Etwa 4.000 Hektar ehemals volkseigener Flächen haben die Betriebe von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) gepachtet. Nach Auslaufen der Verträge in diesem und kommenden Jahr wird das Land verkauft. Der geplante Fonds soll die Flächen der Bodenspekulation entziehen und nach dem Erwerb weiter an die Bauern verpachten.

"Noch nie hatten wir die Chance, eine so große Fläche dauerhaft für den Ökolandbau zu sichern", begeistert sich Uwe Greff, Bereichsleiter für Fonds und Beteiligungen bei der GLS-Bank. Aber ob der Fonds realisiert werden kann, hänge von der Vergabepolitik der BVVG ab. Denn die Preise, die derzeit geboten werden, kann auch ein Bodenfonds nicht zahlen, wenn er wie vorgesehen mit gerade mal 4 Prozent Rendite die Flächen an die Betriebe verpachten will.

Allein in den vergangenen zwei Jahren sind die Bodenpreise in der Region um hundert Prozent nach oben geschneit. Steigende Lebensmittelpreise, der neue Markt für nachwachsende Rohstoffe und die weltweite Verknappung fruchtbarer Böden machen Ackerland zum begehrten Spekulationsobjekt - nicht nur in der Uckermark. Einige Anlagemakler verweisen direkt auf die Versteppung durch die Klimazerstörung, um für das Spekulationsobjekt Agrarfläche zu werben. Zudem drängen neue, finanzstarke Investoren auf den Markt, in Nordostbrandenburg unter anderem der international agierende Möbelhersteller Steinhoff. Der Konzern erwarb unlängst die Anteile der Agrargenossenschaft Uckerland in Gerswalde und baut dort einen Biogas-Park auf. Acht Anlagen sind beantragt, und schon jetzt ist klar, dass die erworbenen Flächen für die Produktion der dafür erforderlichen Biomasse nicht ausreichen werden.

Noch bewirtschaften die Betriebe der Bauerninitiative das größte zusammenhängende ökologische Ackerbaugesamt Europas und garantieren die umfassendste gentechnikfreie Zone der Bundesrepublik. Auch um deren Erhalt geht es und um den Erhalt des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin, in dem die Betriebe liegen oder an das sie angrenzen. "Ohne die ökologische Landwirtschaft ist die wertvolle Artenvielfalt mit See-, Fisch- und Schreiadlern und mehr als 2.000 Insektenarten nicht zu erhalten", erklärt der Leiter des Reservats, Eberhard Henne.

Was verlorengehen könnte, sieht man von der Höhe des Spitzbergs, der im Kerngebiet des Reservats liegt. Eine weite, offene Landschaft, mit vielen Hecken und Büschen, durchzogen von kleinen Gewässern und Mooren. Die Reize der hügeligen Region, die typischen Sölle, kleine Regenwasserlöcher, die üppig umwachsen sind, Feldgehölze und viel Wild sind eine Herausforderung für die Landwirte. "Es ist eine zeitaufwendige Kurverei", meint Klaus Laatz von der Agrar-GbR Milmersdorf. Die Böden, die der Betrieb bewirtschaftet, sind extrem mager. Ohne künstliche Düngung ist dort nur sehr extensive Landwirtschaft möglich, und dafür bedarf es großer Wirtschaftsflächen.

In der Nähe des Spitzbergs, in Eselshütt, erahnt man, wie es hier demnächst aussehen könnte. Neben der Kreisstraße nach Templin erstreckt sich unter Massen weißer Plastikfolie ein Maissilageberg von 100 mal 200 Meter Grundfläche. Von hier wird die Biogasanlage in Röddelin beliefert, weiß Thomas Volpers vom Umweltschutzverband BUND. Die Lkws und Traktoren fahren mitten durch Templin auf die andere Seite der Stadt, weil die in Silonähe beantragten Biogas-Anlagen noch nicht bewilligt sind. Offiziell wird das Silo von der Genossenschaft in Fürstenua betrieben, so Volpers. Dass sich aber auch hier ein Großindustrieller eingekauft hat, weiß jeder in der Region.

Ortsansässigkeit ist ein Kriterium der BVVG für den Landverkauf an Betriebe, die aber immer häufiger nur nach außen noch ihr altes Gesicht haben. "Es herrscht eine große Verunsicherung, weil man nicht weiß, welche Genossenschaft schon aufgekauft wurde, wer hinter dem Nachbarbetrieb steckt und welche Interessen er verfolgt", beschreibt Stefan Palme, Sprecher der Bauerninitiative, die Stimmung in der Region.

Geduldvoll erklärt der 42-jährige Agraringenieur das komplizierte Landvergabeverfahren. Die Privatisierungsrichtlinien der BVVG wurden 2007 vom Bund und den Landesregierungen neu ausgehandelt. Danach können Betriebe nur einen Teil ihrer gepachteten Flächen direkt zum Verkehrswert erwerben, maximal 450 Hektar und nicht mehr als die Hälfte der Betriebsgröße. So sollte Chancengleichheit hergestellt werden für andere Interessenten und eine breitere Verteilung erreicht werden. Die aktuellen Spekulationsanreize führen indes bei den frei ausgeschriebenen Flächen genau zum Gegenteil: zur Konzentration dieses Landes in den Händen der kapitalkräftigsten Bieter.

"Wir haben nichts gegen die Investoren", betont Stefan Palme, "wir wehren uns nur dagegen, keine Chance zum Erwerb zu haben." Und Hans-Martin Meyerhoff von Betrieb Ökologische Domäne Hohenwalde GmbH stellt fest: "Ein landwirtschaftlicher Betrieb, der sich sein Kapital nicht an der Börse oder aus anderen Geschäften holt, kann da nicht mithalten und sollte es auch nicht, weil es unwirtschaftlich ist."

Aber selbst für die Flächen, die zum Verkehrswert erworben werden können, fehlt den Betrieben, die oft noch Altschulden aus LPG-Zeiten zu bedienen haben, das Kapital. Wegen des drohenden Flächenverlusts haben sie schon jetzt keine verlässliche Planungsgrundlage mehr für Kredite und Investitionen.

Die einzige Möglichkeit, das Erreichte zu erhalten, ist der Bodenfonds. Er könnte, wenn er denn zustande kommt, durchaus Modellcharakter für andere Regionen in den neuen Bundesländern haben. Die Bauerninitiative fordert von der Bundesregierung klare Vorgaben für den Landverkauf, um Spekulanten als Bieter fernzuhalten. Maßgebend sollen nach ihrem Wunsch die Kriterien für die Verpachtung durch den Bodenfonds sein: eine dauerhafte Verpflichtung zur ökologischen Bewirtschaftung der gesamten Betriebsfläche.

Auch die Landesregierung ist gefragt. In keiner Region kollidieren derzeit die konkurrierenden Segmente der ländlichen Entwicklungsförderpolitik so miteinander wie in der Uckermark. Ökologischer Landbau, sanfter Naturtourismus und industrielle Bioenergie-Produktion passen nicht zusammen. Davon ist nicht nur Thomas Volpers vom BUND überzeugt. Erhöhtes Verkehrsaufkommen, Mais- und Roggen-Monokulturen, riesige Schweinemastanlagen für die Gülleproduktion - das mögen weder Umwelt noch Touristen.

"Das Land Brandenburg unterstützt die Fondsidee und kommt der Bauerninitiative entgegen", erklärt Staatssekretär Dietmar Schulze (SPD). 1.000 Hektar aus den BVVG-Beständen sind als Nationales Naturerbe für das Land reserviert. Zugunsten eines Erwerbs durch den Fonds würde die Landesregierung auf eine Übertragung verzichten.

Anleger für den Fonds zu finden, darin sieht Uwe Greff kein Problem. "Wenn die Idee zündend ist und die Sache überzeugt, so wie dieser Fonds, findet man immer Anleger."

HEKTARSTREIT

4.000 Hektar ehemals volkseigener Flächen haben die Betriebe von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) gepachtet. Nach Auslaufen der Verträge in diesem und kommendem Jahr wird das Land verkauft.

Die Privatisierungsrichtlinien der BVVG wurden 2007 vom Bund und den Ländern neu ausgehandelt. Danach können Betriebe nur einen Teil ihrer gepachteten Flächen direkt zum Verkehrswert erwerben, maximal 450 Hektar und nicht mehr als die Hälfte der Betriebsgröße. Sie fürchten den Ausverkauf durch Investoren.